

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Siegener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Siegen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitungen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Notationsdruck und Verlag der Brüder'schen Universitäts- und Buch- und Steindruckerei, R. Lange, Siegen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 112. Tel.-Nr.: 112. Anzeiger-Sieger.

Mb. Deutscher Reichstag.

189. Sitzung vom 13. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Niemand.

Präsident Dr. Baumbach eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und wünscht den Mitgliedern ein glückliches neues Jahr.

Petitionen.

Die Handelskammer in Nürnberg bittet die Reichsregierung, den für den in ihren Betrieben verwendeten unbefähigten vergifteten Branntwein eine Steuererhöhrung von 20 Mark für das Hektoliter Alkohol zu gewähren.

Die Kommission beantragt Ermäßigung.

Abg. Reibel (Konf.)

Hält es für bedenklich, dem Wunsch der Bittsteller ohne weitere Prüfung nachzugeben, da dieselbe sehr viele andere Industriezweige mit Sonderwünschen nachfolgen würden. Ein Auslass zu der Petition liegt gar nicht vor; es handelt sich für die Reichsregierung um eine Kapitalfrage, da mit einem Alter Spiritus mehrere Tausend Reichsmark poliert werden können. Wir sind für Überweisung als Material.

Abg. Dr. Südekum (Soz.)

Ist für den Kommissionsantrag. Durch Berücksichtigung dieses Wunsches unserer Industrie wird sie gegenüber dem Ausland konkurrenzfähiger werden.

Abg. Straß (Natf.)

Schließt sich den Wünschen des Abg. Reibel an und ist nur für Materialüberweisung.

Es bleibt bei dem Kommissionsbeschluss.

Das Reichslagerwahlrecht für Frauen.

Der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht richtet an den Reichstag das Gesuch, den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zum Reichstag unter denselben Bedingungen zu verschaffen, wie es den Männern zusteht.

Nach einer ähnlichen Petition ging die Kommission im Jahre 1908 einstimmig zur Tagesordnung über.

Diesmal schlägt die Kommission vor, die Petition dem Reichslager zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Die Konservativen beantragen nun Übergang zur Tagesordnung, die Sozialdemokraten Berücksichtigung.

Verständlicher Abg. Schwarz-Schweinfurt (Zentr.):

Der Vorschlag der Kommission ist ein goldener Mittelweg. Wir müssen den Wünschen der Frauen etwas entgegenkommen, wenn wir nicht eine Verzögerung herauf, die schließlich zu ungünstigen Zuständen führen kann.

Abg. Dr. Cohn-Rordhausen (Soz.):

Der Kommissionsantrag ist ein Fortschritt. Man werfe die Petition nicht mehr in den großen, sondern in den kleinen Papierkorb. Sie fuhren das Wahlrecht für alle Frauen und Männer, die über 20 Jahre alt sind. Die Frauen sind von größter Bedeutung für die Erziehung des Volkes. Man muß ihnen daher an der Gesetzgebung mindestens den gleichen Anteil geben wie den Männern. Es gibt 95 Millionen erwerbstätige Frauen bei 15 Millionen erwerbstätigen Männern. Kein Verhältniß kann die Berücksichtigung des Frauenstimmrechts verkennen. Trotzdem gibt es eine Gruppe hier im Saale, die behauptet, daß durch die Wahlprüfung der Wählerstand von der weiblichen Seite gekürzt werde. In der Industrie, im Bergbau müssen die Frauen aber eine menschenwürdige Tätigkeit ausüben. Da wird keine Rücksicht genommen. Die Tatsache, daß den Frauen noch kein politisches Stimmrecht gewährt wird, zeigt an sich schon zur Genüge, wie wenig Deutschland in der Welt vorankommt. Wenn die Konservativen keine Verfassungsänderung wollen, so können sie dahin wirken, daß das Frauenstimmrecht bei uns im Wege der Rabinell-Border eingeführt wird. (Nachen.)

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

Wir begrüßen es, daß die Frauen jetzt ein weit größeres Interesse am öffentlichen Leben zeigen, als früher. Daraus ist aber noch nicht der Schluss zu ziehen, daß man ihnen das Stimmrecht gewähren muß. Einen Verfassungsbruch, wie ihn der Vordrucker mit seinem Apell an die Rabinell-Border proklamiert, machen wir nicht mit. Auch die Kollision in den Frauenkreisen selbst hat vielfach abstoßende Formen angenommen. Ich erinnere an die Versammlungen des Bundes für Mutterrecht. Dort wurden Redewendungen gebraucht, die jedes sittliche Gefühl verletzen, und gegen die wir von der Tribüne des Reichstages aus Verwahrung einlegen müssen. Wir können zwar dem Stimmrechtsverlangen der Frauen nicht zu willigen, aber doch bekunden, daß wir den gesunden Bestrebungen der Frauenbewegung lebhaftes Interesse entgegenbringen und billigen darum den Kommissionsantrag. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. v. Graefe (Konf.):

Draußen im Lande steht man den Wünschen der Frauen sehr feindselig gegenüber. Selbst in den Kreisen der äußeren Linken will man davon nichts wissen. Auch viele Arbeiter wollen von dieser Morgengabe des Frauenstimmrechts nichts wissen. Fragen Sie nur einmal auf dem Lande nach, dann werden Sie bald Aug und Ohr ihrer eigenen Sprache bekommen. Für eine wirtschaftliche und sozialpolitische Betätigung der Frau sind wir. Die Frauen können sich auch politisch betätigen, damit sie erkennen, was an der verlogenen Hege gegen Fleiß und Fleißworte mehr ist. Aber die vollen politischen Rechte wollen wir ihnen nicht gewähren. Eine Vereinigung konservativer Frauen besteht bereits. Wir sagen den Frauen offen und mäßig: Wir sind gegen das Frauenstimmrecht. Es wäre kein Segen für das politische Leben, aber auch nicht für die Frauen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Haas (Op.):

Die fortschrittliche Volkspartei ist in der Frauenfrage nicht einheitlicher Meinung. Das geht anderen Parteien auch so. Auch die Arbeiterpartei gehen in dieser Frage nicht geschlossen vor. Ein Teil unserer Freunde hält die Zeit für das Frauenstimmrecht noch nicht für gekommen, wenn sie auch der Meinung sind, daß die Entwicklung schließlich dazu führen wird. Ich unterschreibe die Forderungen der Frauen durchaus. Es wäre unendlich viel wert, wenn die Frauen politisch interessiert würden.

Abg. Dr. Arendt (Op.):

Unsere politischen Verhältnisse würden mit dem Frauenstimmrecht völlig umgewandelt werden. Die meisten Frauen würden das Wahlrecht als ein Danaergeschenk betrachten. Die Zeit ist noch nicht gekommen, zu dieser wichtigen Frage Stellung zu nehmen. Dr. Cohn will das Frauenstimmrecht mit einem Staatsstreich einführen. Das Frauenstimmrecht würde eine Einschränkung des bestehenden Wahlrechts bedeuten, da die Zahl der Wähler vergrößert werden würde.

Abg. Weber-Verford (Natf.):

Wir sind in der überwiegenden Mehrheit für Tagesordnung. Das Wahlrecht können wir den Frauen noch nicht geben. Gedenkt in der modernen Frauenbewegung haben sehr wert-

volle Kräfte. Wir freuen uns, daß viele Frauen in hervorragender Weise dort tätig sind. Wir wissen, daß eine Reihe von politisch interessierten Damen unseren Beratungen folgen, aber eine allgemeine Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen ist nicht geboten. Die Frauen sollen weiter auf kulturellem und sozialem Gebiete tätig sein, besonders in den Gemeinden, im Wohnungswesen usw.

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

Dr. Cohn will durch eine Rabinell-Border das Frauenstimmrecht einführen. Er will also die Macht des Königs erweitern. Er hat sich überaus schnell zum Rabinell-Border gewandt.

Die Petition wird zur Kenntnisnahme überwiesen.

Die postlagernden Sendungen.

Der Kölner Verband der Männervereine zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitte verlangt, daß postlagernde Sendungen nicht die volle Adresse des Empfängers tragen sollen und nur gegen Vorlegung einer Postanweisung ausgehändigt werden dürfen.

Die Kommission beantragt Überweisung zur Kenntnisnahme.

Abg. Dr. Marsch (Zentr.)

Will die Petition zur Berücksichtigung überweisen. Jetzt wird mit postlagernden Sendungen viel Mißbrauch getrieben. Gerade die Jugend kommt dadurch oft in sehr schlimme Verhältnisse. In New York und in der Schweiz ist man schon dagegen vorgegangen. Unsere Polizeibehörde darf da nicht zurückbleiben. Jetzt leidet sie mit diesen Unsittebriefen geradezu Handlangerdienste für allerlei Schlingensiefel. Derweil der Schifferbriefe letzten zweifelhaften Zweck. In vielen Staaten gibt es überhaupt keine Unsittebriefe, vielmehr auch keine postlagernden Sendungen. Nehmen Sie unseren Antrag an, Tausende von Eltern werden Ihnen danken.

Die Petition wird zur Berücksichtigung überwiesen.

Der Militärbeschluss über Solale.

Nach dem Befehl des Kaisers II. in Burg bei Magdeburg ist unmittelbar nach der letzten Reichstagswahl der Militärbeschluss verhängt worden, weil II. als Vorführer des deutschen Kaiserreichs einem Herrscherbuche folgend, in Wahlversammlungen vor der Wahl eines konstituierenden Reichstages gewarnt habe, da die konservative Partei in Steuerfragen eine Stellung eingenommen habe, durch die sich viele Steuerpflichtige schwer geschädigt fühlen. Nach dem Kommissionsbericht war II. langjähriger Vorführer des Reichstages und steht der Sozialdemokratie durchaus fern.

Abg. Thiele (Soz.):

Hier handelt es sich wieder um eine Nachprüfung des Militärbeschlusses, der uns die Tage von Zedern befeuert hat.

Generalmajor Wild v. Hohenborn

erklärt, daß der Befehl schon seit dem Juli 1912 aufgehoben sei. Das Verbot ist vom Garnisonkommando ausgegangen, das von dem Befehl des Kaisers für das Militär disziplinarische Befehle erteilt.

Ein Militärbeschluss wird niemals ein Solal verbieten, weil jemand sich seinem Recht entsprechend bei den Wahlen so oder so betätigt. (Hört, hört!) Es wird auch kein Solal verboten, weil der Wahlgenosse sozialdemokratische oder sonstige Parteigefinnung hat. Die politische Gefinnung des Wählers ist uns gleichgültig. (Zurufe: Na, na!) Wir wollen dem Wirt aus seinen wirtschaftlichen Schäden aufhaken, sondern nur unsere Disziplin schützen. Der Wirt II. war übrigens nicht Vorführer eines Reichstages, sondern Vorstandsmitglied; er sollte wegen Untertunlichkeiten ausgewiesen werden. Wir haben mit dem Militärbeschluss immer ausgezeichnete Erfolge erzielt.

Abg. Schöpslin (Soz.):

Wir werden beweisen, daß königliche Witte, die gelegentlich einmal der Sozialdemokratie ihren Solal zur Verfügung stellen, konfiziert wurden. Selbst bei uns in Siegen, wo doch gegenüber Preußen die milde Provinz herrscht. Das Kriegsministerium fragt vielleicht nicht nach der politischen Gefinnung, aber brauchen wir es anders. Die fortschrittliche Volkspartei hat das Militärverbot auch schon zu seinen Gunsten, früher auch das Zentrum. Die Provinz steht mit den Erklärungen des Generalmajors in schroffem Widerspruch.

Nach der Petition wird zur Tagesordnung übergegangen.

Einige Petitionen fordern eine Berücksichtigung, andere eine Berücksichtigung der Bestimmungen über das Wandergewerbe.

Abg. Jell (Zentr.):

Da ein entsprechendes Gesetz bereits in einer Kommission verhandelt wird, können wir uns eine Aussprache er sparen.

Abg. König (Soz.):

Nur gegen Auswärtige, nur gegen das Interesse darf vorgegangen werden.

Die Petitionen werden als Material überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Mittwoch, 14. Januar.

Schluß 6 Uhr.

Hessische Zweite Kammer.

rb. Darmstadt, 13. Jan.

Am Regierungstische: Staatsminister Dr. v. Ewald, Minister des Innern v. Homberg, Ministerialrat Schliephake.

Präsident Köhler eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Er begrüßt die zum erstenmal im neuen Jahre zusammengekommenen Kammermitglieder und spricht ihnen nachträglich herzliche Begrüßungsworte aus. Der Präsident teilt dann mit, daß an Stelle des Abg. Dr. Heidenreich Herr Oberamtsrichter Dr. W. A. J. zum Vertreter des Wahlkreises Waldmichelbach gewählt worden ist. Der neue Abgeordnete ist anwesend und wird vom Präsidenten in der üblichen Weise durch CD und Handdruck verpflichtet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragt Abg. Dr. Kolthahn, warum der Präsident den dringlichen Antrag der Rainer Abgeordneten betr. die Veräußerung von Terrain am Vennberg bei Rains nicht dem Wunsch entsprechend auf die heutige Tagesordnung gesetzt habe.

Präsident Köhler erwidert, daß dies erst gelassen könne, nachdem die Regierung ihre Bereitwilligkeit zur Beantwortung ausgesprochen habe.

Staatsminister Dr. v. Ewald bemerkt, soviel ihm bekannt sei, habe das Finanzministerium die Beantwortung schon vorbereitet und es stehe danach dem Wunsch des Abg. Kolthahn, die Sache morgen zur Beratung zu bringen, wohl nichts entgegen.

Präsident Köhler sagt zu, die Anfrage auf die morgige Tagesordnung zu legen.

Erster Beratungsgegenstand ist die Beantwortung der Anfrage Dr. Winkler, den Großhändlermarkt zu Alheim betr. Da der Antragsteller durch einen Termin am Erscheinen verhindert ist, wird seinem Wunsch entsprechend die Verhandlung darüber auf die nächste Sitzung verschoben. Zur Beratung gelangt danach der Antrag Raab, Adeling und Gen., betr. die Reichsversicherungs-

ungsordnung und in Verbindung damit die Vorstellungen der Ränder der Ortskrankenkassen, des Verbandes hessischer Frauenvereine in Rains und des Zweigvereins Darmstadt des hessischen Frauenbundes, betr. die Errichtung beim Richterrichtung von Landfrankenstellen.

Der Ausschuß beantragt, den Antrag des Abg. Raab abzulehnen und die Vorstellungen dazu für erledigt zu erklären.

Abg. Busold (Soz.) spricht als Antragsteller zunächst sein Bedauern über die von der Regierung so lange hinausgeschobene Beantwortung des Antrages aus. Er legt dann ausführlich dar, welche Gründe er und seine Freunde gegen die Errichtung von Landfrankenstellen anzuführen hätten. Aus den Satzgehabten Reichstagsverhandlungen geht deutlich hervor, daß die Errichtung der Landfrankenstellen speziell für Frauen beabsichtigt war, während man für die übrigen Bundesstaaten die Ortskrankenkassen als die am besten geeignete Form hielt. Wenn sich die Regierung jetzt gegen die Ortskrankenkassen erhebt, so ist das ein bedauerlicher Rückschritt. Den Ortskrankenkassen habe man das Recht der Selbstverwaltung gegeben, den Landfrankenstellen aber nicht. Der Redner polemisiert dann sehr ausführlich gegen die im Ausschussbericht niedergelegte Stellungnahme der Regierung zu dieser Frage und wendet sich besonders gegen den Satz, daß es nach Ansicht des Ministeriums nicht erwünscht sei, daß zwischen den Leistungen der Ortskrankenkassen und den Leistungen der Landfrankenstellen zu sehr differiert wird. Die Entscheidung sei so jetzt leider schon getroffen; die Regierung könne aber jetzt immer noch insofern etwas tun, indem sie den Landfrankenstellen in Zukunft ebenfalls eine Selbstverwaltung gebe, damit auch diesen die Möglichkeit gegeben werde, dieselben Leistungen den Mitgliedern zukommen lassen zu können, wie die Ortskrankenkassen.

Ministerialrat Schliephake fährt aus, die Regierung sei beehrt gewesen, eine Organisation zu schaffen, die den Bestimmungen der Reichsversicherung gerecht werde und der Eigenart und dem Bedürfnis vieler Gemeinden entspreche. Die Regierung habe ihre Aufmerksamkeit für die von ihr angenommene Haltung ausführlich dargestellt und erklärt, aus welchen Gründen sie die Landfrankenstellen nicht ausgeschlossen wissen wolle. Die Landfrankenstellen sind in Darmstadt, Rains, Offenbach, Siegen, Worms und in den Landkreisen Darmstadt, Friedberg, Bensheim und Dieburg ausgeschlossen worden, also auch in einer Reihe von Landorten; von einem Rückschritt könne durchaus keine Rede sein. Die Mitglieder der Landfrankenstellen setzen sich besonders aus Mitgliedern der Gemeindeverbände zusammen, oder sie waren überhaupt noch nicht verändert. Die Landfrankenstellen hätten ebenso ihre Selbstverwaltung, wie die Ortskrankenkassen und ebenso seien auch Leistungen bei den Landfrankenstellen möglich. Wenn sich in der Provinz zeigen sollte, daß sie dem Bedürfnis nicht entsprechend wäre, so würde auch Abhilfe geschaffen werden. Man könne sich unmöglich, wie Abg. Busold es getan, die lokalen Verhältnisse von Friedberg oder von Rains als maßgebend für das ganze Großherzogtum betrachten. Redner rechtfertigt die Haltung der Regierung dann noch weiter durch eine Anzahl statistischer Angaben, aus denen hervorgeht, daß ein starker Zentralisationszug vorhanden sei.

Abg. Porcell-Ingelheim (Fr. Bd.): Der zur Verhandlung liegende Antrag ist zwar durch die Verhältnisse überholt, aber es ist trotzdem nicht nutzlos, jetzt über diese Dinge zu sprechen. Teil wie in Hessen keine haben, in denen nur Landfrankenstellen oder Ortskrankenkassen sind und wieder andere, in denen beiderlei Klassen gleichzeitig vorhanden sind, scheint mir als die unglücklichste Lösung der ganzen Sache. Ich sage nicht, daß ich ein Anhänger der Landfrankenstellen bin, aber ich bin der Meinung, daß es im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, die sich jetzt ergeben werden, doch besser gewesen wäre, die Landfrankenstellen überall einzurichten. Die Haltung der Regierung scheint mir aus dem von einer gewissen Stimmung gegen die Sozialdemokratie bestritten worden zu sein; es ist bei uns also schon so weit gekommen, daß man hinter jedem Antrag der Sozialdemokratie etwas für den Staat Gefährliches erblickt. Es handelt sich aber hier keineswegs um eine sozialdemokratische Sache, wie das schon der Umstand beweist, daß sowohl der evangelische wie der katholische Frauenverein den gleichen Standpunkt vertritt. Die guten Absichten, welche die Regierung mit der Einführung der Landfrankenstellen verband, werden nicht in Erfüllung gehen, die Schwierigkeiten in der Frage der Zugänglichkeit zu einer der beiden Klassen werden kaum zu überwinden sein und die Landfrankenstellen werden dadurch noch vermehrt werden. Redner tritt dann für die erweiterte Wochenhilfe der landlichen Wochenernennen ein und spricht sich gegen verminderte Leistungen der Kasse in den Wintermonaten aus. Das Beste wäre gewesen, wenn von Reichs wegen überhaupt nur eine Klassenart zugelassen worden wäre. Es lag nicht im Interesse der Landwirtschaft, besondere Landfrankenstellen einzuführen. Die Selbstverwaltung ist ja dem Landfranken nach auch bei den Landfrankenstellen vorhanden, aber sie ist ein Messer ohne Klinge und so gut wie ausgeschlossen durch das Wahlrecht. Wenn es richtig ist, daß die Landfrankenstellen nicht als ersprießlich sich erweisen, dann werden mit der Zeit die Gemeinden selber darauf dringen, daß sie wieder abgeschafft werden. Bei den Wahlen zu den Ortskrankenkassen sind vielfach auch andere Vertreter, als Sozialdemokraten, gewählt worden. Die Arbeitgeber sollten ihre Arbeiter mehr aufklären, daß sie nur solche Leute zu ihren Vertretern wählen, die auch wirklich ihre Interessen zu vertreten in der Lage sind.

Abg. Porcell (Bd.) hält es für bedauerlich, daß die Landfrankenstellen nicht mehr, wie früher, auf dem Lande von den Wärgern unentgeltlich mitverwaltert werden. Bei beiden Klassen müßten jetzt die Beamten mitbezahlt werden und dadurch würden die Kosten für die Versicherung in einer Weise erhöht, daß es überall großen Unwillen erzeuge.

Abg. Adeling (Soz.) meint, es sei nur zum Teil richtig, daß der Antrag zu spät komme. Es sei jedenfalls nicht zu spät, daß die Kammer heute der Regierung sage, wie sie über die Sache denkt. Redner kritisiert dann ebenfalls die Darlegung der Regierung und bemerkt, daß die Regierung nach § 133 des Gesetzes sehr wohl in der Lage sei, auch den Landfrankenstellen das Wahlrecht zu geben.

Abg. Haas (Bd.): Es ist damit, daß so vielfach die Landfrankenstellen eingeführt wurden, der Beweis geliefert worden, wie die unteren Faktoren über die Sache denken. (Zuruf: Das macht ja der Kreisstag.) Die Wochenernennen noch weiter auszuweiten, liegt keine Veranlassung vor. Je kleiner eine Organisation sei, desto besser sei auch die Kontrolle.

Abg. Busold (Soz.) behauptet, daß sich die Parteien der Rechten zu der Sache ganz ausschließen. Das sei nur ein Schmeicheln der Verlegenheit, aber es lage doch genug. Man scheint einzusehen, daß hier etwas geschehen ist, das besser unterblieben wäre. Der Präsident wendet sich gegen den vom Redner wiederholt gebrauchten Ausdruck, daß die Angelegenheit „verwickelt“ worden sei. Wenn darin ein Vorwurf gegen das Präsidium liegen sollte, so müßte er ihn entschieden zurückweisen.

Abg. Ehnert (Soz.) fährt aus, wenn auch bei uns in Hessen nur eine Klassenart zur Einführung gelangt wäre, so würde die Leistungsfähigkeit eine erheblich höhere gewesen sein, als dies bei dem Nebeneinanderbestehen der beiden Klassenarten der Fall sei.

Abg. Stöppler (Natf.) bemerkt, Abg. Busold habe behauptet, daß kein „Redner der Rechten“ zur Sache das Wort ergreifen habe. Er tut das und bemerkt, daß die Anregungen des Abg.

Erfolg in der Stadt vor das Haus gelangt sind. Die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner gehörten nicht in die zweite beifällige Kammer, sondern in den Reichstag. Es handelt sich für die Sozialdemokratie hier nur um eine Nachfrage, während es sich für seine Partei um eine soziale Bedürfnisfrage handelt. Wir ziehen eine billige arbeitende, den Bedürfnissen voll genügende Landrentenfasse der teurer arbeitenden Ortsrentenfasse vor. Er wolle mit dem Hg. Hand sagen: Wir wollen die Dinge jetzt einmal laufen lassen. Das Gute wird sich Bahn brechen. Wenn sich die Einrichtung der Landrentenfassen nicht bewährt, dann können wir nach einigen Jahren leicht eine Änderung eintreten lassen.

Hg. Senfelder (Bdd.) führt zum Beweis dafür, daß eine Verteuerung durch die beiden Kassen nicht immer eine Verteuerung herbeiführt, den Kreis Groß-Gerau an; dort seien die Steuern für beide Kassen die gleichen. Man war im Kreisstag der Ansicht, daß man nicht alles in eine Hand legen solle, daß nicht die Arbeiter allein, sondern auch die Arbeitgeber beteiligt sein müßten. Wenn man jedoch alle und Kammerkassen beider Kassen vereinigt, werde durch das Nebeneinanderbestehen derselben nichts verteuert.

Hg. Wolf-Staden (Bdd.) meint, es sei bei der Weiterführung der sozialen Fürsorge doch eine Vorbedingung gegeben. So genügt es in der sozialen Fürsorge für die Arbeiter Opfer bringen, so müßte doch auch an die andere Seite gedacht werden. Man dürfe nicht nach einseitigen Gesichtspunkten handeln. Die soziale Fürsorge müsse auch auf die kleinen selbständigen Erzeugnisse ausgedehnt werden. Bei ihm gäbe ein Teil seiner Arbeiter der Ortsrentenfasse, ein anderer Teil der Landrentenfasse an; er habe aber nicht gefunden, daß darin ein Nachteil liege. Die Entschädigung erfolge doch nach Maßgabe des Verdienstes.

Hg. K. a. b. (Soy.) bemerkt dem Redner, er könne nur aus Unkenntnis der Verhältnisse behaupten, daß bei zwei Kassen nebeneinander kein Nachteil vorhanden sei. Durch die Landrentenfassen werde die Steuern auf dem Lande erhöht. Wenn der Redner jetzt für die soziale Fürsorge der kleinen selbständigen Erzeugnisse eintrete, so erkläre er, daß dies auch eine alte Forderung seiner (des Redners) Partei sei. Dem Hg. Stäbler erwidere er, daß die Sache nicht vor den Reichstag gehöre, denn die Ausführung des Reichsgesetzes sei Sache der einzelnen Bundesstaaten. Seine Partei habe bei Beratung des Gesetzes die Regierung ermahnt, die Landrentenfassen für das ganze Großherzogtum auszuheften. Man habe im Reichstag absolut nicht daran gedacht, daß ein föderativer Bundesstaat Landrentenfassen neben Ortsrentenfassen einführen würde. Die Landrentenfassen waren nur für die österreichischen Verhältnisse bestimmt und nach diesen Verhältnissen hat man sich jetzt auch in diesen gerichtet. Das Nebeneinanderbestehen beider Kassenarten ist der größte Fehler, den man machen konnte. Bevor sich über diese Erkenntnis überall durchsetzt, werden die Verheerungen unter schweren Schwierigkeiten zu leben haben.

Hg. Dorff (Bdd.) bemerkt, der Redner habe die Frage einseitig behandelt; man müsse auch an den Arbeitgeber denken, der durch die fortwährend steigenden sozialen Lasten immer mehr beinträchtigt werde.

Nachdem sich Hg. K. a. b. (Soy.)-Jungheim (fr. Pa.) in verschiedenen Punkten gegen die Ausführungen des Hg. Wolf-Staden gewandt, schließt die Debatte.

Der Auswahlantrag wird danach gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der drei anwesenden Freiwirtschaftlichen angenommen. Präsident K. a. b. (Soy.) schließt die Sitzung nach 1 Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch früh 9 Uhr.

Vereinsnachrichten.

— Klein-Linden, 12. Jan. Am Sonntag hielt der Turnverein eine Hauptversammlung auf der Turn ab. Es wurde der Bericht des diesjährigen 25. Stiftungsfest zu lesen. Die diesjährige Bezirks-Turnfahrt des 2. Bezirkes soll damit verbunden werden.

— Friedberg, 12. Jan. Am Sonntag abend feierte der Musikverein (akademischer Gesangsverein) sein Stiftungsfest. Feiern wurde „Eden Erna“ von Bruch. Ein Lustspiel und darauf folgender Ball hielt die Anwesenden bis zum frühen Morgen besessenen.

— Bad-Kauheim, 10. Jan. Der Stenographenverein „Gabelberger“ hielt heute abend seine 12. Hauptversammlung in „Gabelberger“ ab. Nach dem Rechenschaftsbericht Geschäftsabst. der Entwicklung der stenographischen Sache in unserer Stadt besonders günstig. Vor allem beachtenswert war die Tatsache, daß in der hiesigen Volkshochschule auf einen Antrag des Stadtverordneten Rißel hin durch das Entgegenkommen der Stadtverwaltung und der Schulbehörde erstmalig stenographischer Unterricht in den Oberklassen mit gutem Erfolg erteilt werden konnte. Der Verein war mit Erfolg beteiligt an dem Verbandsschreiben in Darmstadt, dem Bezirksvereinschreiben in Bied und dem Gauvereinschreiben in Bad-Kauheim. An der Stadtschule ist

Bekanntmachung.

In unser Handelsregister Abt. B. wurde heute bezüglich der Bank für Handel und Industrie, Niederlassung Gießen eingetragen: Der stellvertretende Direktor Carl Roger in Frankfurt am Main ist aus dem Vorstände ausgeschieden. Dr. Arthur Hofin in Berlin ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bestellt. Die Profutura desselben ist erloschen. Den Dr. Curt Salmon, Fritz Ehlerding, Ernst Bohn, Adolf Lamprecht, Max Rohde, sämtlich in Berlin, ist Profutura für die Niederlassungen in Berlin und Darmstadt erteilt.

Gießen, den 9. Januar 1914.

Großherzogliches Amtsgericht.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Heinrich Hentelmann I. in Pölar wird heute am 12. Januar 1914, nachmittags 6 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Raab in Gießen wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 3. Februar 1914 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Feststellung eines Gläubigersausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Dienstag, den 10. Februar 1914, vormittags 10 1/2 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte, Zimmer 18, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 3. Februar 1914 Anzeige zu machen.

Großherzogliches Amtsgericht in Gießen.

der zweite Kursus für Volksschüler im Gang, woran sich wieder bessere Schüler und Schülerinnen der Oberklassen beteiligten. Die Stadt hat in anerkennenswerter Weise für diese zweifelhafte Einrichtung wieder die nötigen Mittel bewilligt.

B. Stordorf, 12. Jan. Der Gesangsverein „Eintracht“ hielt seine öffentliche Hauptversammlung im Saale des Herrn Ruy ab. Zum Vorstand wurde Wilhelm Dill wiedergewählt. Weiter wurden wiedergewählt die Herren: Karl Hamel zum Schriftführer, J. Dill II. Joh. Schimpf, Bäckermeister Schäfer, Peter Roth in den ersten Vorstand; Albert Efflein, Ulrich, Carl Schäfer, Joh. Dill in den zweiten Vorstand; Carl Hamel als Rechnung und Johs. Dill als Verbindlicher.

es. Friedberg, 12. Jan. Einem neuen Vorhaben hat unser Kriegerverein gewillt. Die Wahl fiel auf Schneidermeister Raiser. — Ein beider Vereine will jetzt unter der Leitung des Meisters Johannes Ristmann eine Gesangsabteilung ins Leben rufen.

— Laubach, 12. Jan. Der Evangelische Bund veranstaltete gestern abend im Saale des „Schützenhaus“ einen ersten Familienabend in diesem Winter. Dieser Abend brachte die Erlösinnung. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag des Medizinalrats Dr. Nebel aus Friedberg über die Frage: „Wie es ist, das Leben zu verlängern und ein gesundes Alter zu erlangen.“ Mehrere Ehre des Kirchenlandapostels unter Leitung des Meisters Gerhard trauen zu guten Gelingen des Abends bei.

O. Ridda, 12. Jan. Gestern hielt der Gemischte Chor im „Schützenhaus“ einen Familienabend ab, der eine starke Beteiligung anwies. Unter der Leitung des Lehrers Popprantens die Ehre, Solosänger und Chorleiter waren in Pölar, Friedberg und im Saale des Abends. Unter der Leitung des Lehrers Popprantens durch die Ehre, Solosänger und Chorleiter waren in Pölar, Friedberg und im Saale des Abends. Unter der Leitung des Lehrers Popprantens durch die Ehre, Solosänger und Chorleiter waren in Pölar, Friedberg und im Saale des Abends.

W. Domburg, 14. Jan. Gestern abend hielt der Kriegerverein seine Hauptversammlung ab. Es wurde beschlossen, den Geburtstag des Kaisers in ähnlicher Weise wie Großherzog Geburtstag zu feiern. Unter Mitwirkung von Mitgliedern der Raderburger Stadtkapelle soll am Samstag abend vor Kaisers Geburtstag im Festhause bei ein allgemeiner Bierkeller mit Damen stattfinden. Weiter wurde beschlossen, das 40jährige Bestehen des Vereins festlich zu begehen.

Gerihtsnaal.

w. Domburg, 13. Jan. In dem Saal in der Nacht beendeten Verhöre gegen die Haushälterin Rosa Kober, daß sie den Töchterlein im Saal tödlich vergiftet habe. Der Vorfall sei ausschließlich von dem heimlichen Vorkommen des Mordes angetrieben worden. Dieser erdrückte die Haushälterin Turellan im Saal mit einem Tuche, während sie, die Haushälterin Kober, das elektrische Licht abdrehte. Beim Vorantreten pasten beide die Leiche in einen Koffer und schleppten ihn an den Tausch. Von nahen der Türe verdeckt, ließen sie den Koffer auf dem Rasen stehen. Gerade wurden nur Schmutzschuhe, während das Versteck im Saal unbeschädigt blieben. Die Dame Kober mochte dadurch ihre Erklärung, daß die Turellan während einer Reise verstorben sei, glaubwürdig machen.

Vermischtes.

* Schwarze Pöden. Aus Neusatz, 13. Jan., wird uns gemeldet: Ein junger Kaufmann, der kürzlich von einer Geschäftsreise in Russland zurückkam, ist an den schwarzen Pöden erkrankt. Seitens der Behörden sind alle Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Der Erkrankte ist in die städtischen Isolierbaracken gebracht worden.

* Bei einem Einbruch in das Juweliergeschäft Scharfberg in Dresden wurde außer Waren im Werte von 60 000 bis 75 000 Mk. auch das Duplikat der goldenen Amtsfette des Dresdener Oberbürgermeisters gestohlen.

* Heberfahren. Zwischen den Stationen Schönbach und Mühlenberg der Reichenbors-Liebenwalder Bahn wurden von einem Zug der etwa 20jährige Willi Paslad aus Schönbach und das Dienstmädchen Ottilie Kunzig überfahren. Das Mädchen erlitt nur geringe Verletzungen, während Paslad inzwischen im Krankenhaus verstorben ist. Es liegt Selbstmordverdacht vor.

* Die tapfere Polizistin. Während die meisten der neuen weiblichen Polizisten in Chicago sich damit begnügen, alte Männerchen über die Straße zu führen oder Kindern den Weg zu zeigen, hat eine unter ihnen, Mrs. Mary Boyd, durch eine tapfere Tat das allgemeine Aufsehen erregt. Sie stand auf einem Straßenbahnwagen und wurde Zeuge, wie ein Mann den Schaffner beleidigte und

sich dann mit ihm herumschlug. Der Schaffner drohte den Kürzeren zu ziehen, da sprang die Jüngerin der heiligen Dermastad dazwischen, packte den Kombo am Schafte und führte den sich heftig Wehrenden, nachdem sie ihm ihre Erkennungsmarke gezeigt hatte, unter Aufwendung nicht geringer Muskelkraft ab. Der Mann gab unter ihren kräftigen Puffen bald jeden Widerstand auf.

Märkte.

Fr. Wiesbaden, Vieh- und Marktbericht vom 12. Jan. Auftrieb: Rinder 7, Bullen 4, Kühe und Kälber 21, Kalber 2, Schafe 2, Schweine 17.

Marktpreise: Grobvieh gedrückt, Schweine und Kleinvieh lau, Heberland.

Preis für 100 Pfd. Lebend- Schlacht- gewicht

Kühen, höchsten Schlacht- gewicht 51-55 91-98

Junge, höchsten, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 50-54 89-96

Wachsende junge und gut ge- 46-49 82-87

genährte ältere 46-49 78-83

Kühen, höchsten Schlacht- gewicht 42-45 70-76

Kühen, höchsten Schlacht- gewicht 49-53 86-95

Kühen, höchsten Schlacht- gewicht 43-45 76-80

ältere, ausgemästete Kühe und wenig gut ent- 44-48 77-85

wickelte jüngere Kühe 39-41 66-78

gering genährte Kühe und Kälber 30-35 60-65

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93

Kälber, 70-78 117-122

ältere, höchsten Schlacht- gewicht 64-70 107-117

geringere Kühe und gute Saugkälber 57-62 95-103

gering genährte Kühe 50-55 85-93